

Walter Schicho

Vom „arabischen Frühling“ in den Winter der Diktatur

In einem Gebiet zwischen Mittelmeer und Nilquellen entstand im 19. Jhd. aus einer Kolonie des Osmanischen Reiches ein moderner Staat mit sehr alter Geschichte, bei dem die Grenzen nach Süden, in rezenter Zeit auch gegenüber Israel und Saudiarabien im Osten, immer wieder verschoben wurden. Zu Beginn ihrer Darstellung der Landesgeschichte schreiben Hervé Bourges und Claude Wauthier (1979): *„Eingeschlossen im unbeweglichen Rahmen eines fruchtbaren Tales, das am Beginn der menschlichen Geschichte ein einzigartiges Volk hervorgebracht hat, den Erfinder einer grossartigen Zivilisation, gelingt es der Arabischen Republik Ägypten nur noch um den Preis kolossaler Schulden seine Kinder zu ernähren.“*

Die moderne Geschichte Ägyptens beginnt mit der Unterwerfung Ägyptens unter die Hohe Pforte und die kurze französische Besetzung unter Napoleon. Mit dem Khediven Mohammed Ali (1802-1848) wurde Ägypten eine einflussreiche Macht im östlichen Mittelmeer. Unter seiner Herrschaft begann die wirtschaftliche Modernisierung, die jedoch bald von den imperialistischen Staaten im eigenen Interesse beeinflusst wurde.

Grossbritannien setzte sich gegenüber den anderen Kolonialmächten durch. Seine wirtschaftliche und militärische Kontrolle Ägyptens - zwischen 1882 und 1956 – dauerte deutlich länger als die unmittelbare, politische in Form eines „Protectorats“ (1882/1914 bis 1922). Ägypten wurde unter britischer Kontrolle von einem Staat auf dem Weg zu Modernisierung und Industrialisierung, dessen Wirtschaft auf die Erfüllung nationaler Bedürfnisse orientiert war, zu einer kolonialen Ökonomie, die Rohstoffe (Baumwolle) produzierte, zunehmend Lebensmittel importierte und deren Industrialisierung verhindert wurde.

Der Prozess der Modernisierung hatte bereits unter Mohammed Ali und seinen Nachfolgern eingesetzt, blieb jedoch auf die Oberschicht und auf zugewanderten bürgerlichen Gruppen beschränkt. Die Ansätze zu einer Modernisierung im Bereich der Bildung, aber auch der Beginn einer Industrialisierung mit dem Ziel einer importsubstituierenden Produktion, wurden von den Briten als „unproduktiv“ beseitigt. Die Zahl der nach westlichen Programmen ausgebildeten Ägypter sollte nach deren Ansicht möglichst klein gehalten werden.

Nach dem Ersten Weltkrieg brachten der nationale Widerstand und ständige Verhandlungen eine stufenweise Unabhängigkeit, die 1922 mit dem Verzicht auf das Protectorat begann, 1931 mit der Erlangung aller Aussenwirtschaftsrechte und 1936 mit dem Ende der britischen Militärpräsenz fortgesetzt wurde und schliesslich 1956 mit der Besetzung des Suezkanals endgültig Geschichte war.

Bis nach dem Zweiten Weltkrieg ergab sich für die Wirtschaft keine wesentliche Änderung. Erst nach der „Revolution der Offiziere“ 1952 kam unter Abdel Nasser mit einer Agrarreform und der Industrialisierung eine neue Orientierung. Weitere wichtige Änderungen hängen mit der Aufschliessung von Erdölvorkommen, mit der Neuorientierung Ägyptens Richtung USA (und Abkehr von der Sowjetunion) unter Anwar es-Sadat und mit dem Ausbau des Tourismus zusammen. Ägypten wurde in dieser letzten Periode auch ein bedeutender „Lieferant“ von qualifizierter (und unqualifizierter) Arbeitskraft für die reichen ölproduzierenden Länder.

Ab den 1920er Jahren war das Land eine konstitutionelle Monarchie; der König versuchte - in einer Dreieckskonstellation von Hof, bürgerlichen Parteien und Briten - immer wieder seine Macht durchzusetzen, scheiterte aber letztlich. Die Revolution von 1952 brachte ein kleinbürgerliches Militärregime an die Macht, das sich in ein Einparteienregime verwandelte und schliesslich unter Sadat von einer bürgerlichen Oligarchie nebst pseudodemokratischen Strukturen abgelöst wurde.

International war die Geschichte Ägyptens in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts einerseits von Nassers Politik, orientiert auf eine Grossmachtstellung im Nahen Osten bzw. Afrika und die Zusammenarbeit mit dem kommunistischen Lager, geprägt, andererseits durch die Auseinandersetzung mit Israel. Nassers Nachfolger brachen mit dem Ostblock, überliessen das Feld der arabischen Vorherrschaft anderen, und wurden enge Vasallen der USA. Positiv zu bewerten ist in diesem Zusammenhang der Friedensschluss mit Israel, negativ die Tatsache, dass die US-amerikanische Entwicklungshilfe vor allem in den Ausbau der Armee und in Waffenkäufe floss.

Die bescheidenen Ansätze zu einer Demokratisierung durch Sadat wurden unter dessen Nachfolger Mubarak wieder völlig erstickt. Mubarak „erbte“ eine Wirtschaft, deren Funktionieren vom Erdölpreis, den Transfers der MigrantInnen, den Gebühren des Suezkanals, den Erträgen aus dem Tourismus und nicht zuletzt von amerikanischer Entwicklungshilfe abhing. Die Gewinne und Investitionen der 1970er Jahre waren nicht in die industrielle oder landwirtschaftliche Produktion geflossen, sondern in die Taschen weniger Spekulanten. 1989 hatte das Land Auslandschulden von 50 Milliarden US-\$, 50 Millionen Einwohner und eine Armee von 500.000 Mann, die vier bis fünf Milliarden US-Dollar kostete, nahezu ein Viertel des gesamten Budgets. Die Arbeitslosenquote betrug über 20%, zwei Drittel des Weizens, den man brauchte, musste importiert werden und die Inflation lag zwischen 30% und 40%.

Massnahmen der Strukturanpassung, Rezession der Wirtschaft in den erdölproduzierenden Staaten und die Golfkriege bildeten ab 1990 den Hintergrund für autoritäre Regierung, gefälschte Wahlen und Verschlechterung der Lebensbedingungen der breiten Bevölkerung. Das Erstarken der islamistischen Bewegung und der Muslimbrüder brachte das Regime zunehmend in Bedrängnis. Letztlich führte der Protest junger Menschen auf der Strasse, im Gefolge des „arabischen Frühlings“, zum Sturz des Regimes.

Nachdem Mubarak 2011 unter dem Druck der Tahrir-Revolution das Land hatte verlassen müssen, übernahm die Armee erneut die Kontrolle der Politik. Dem Sieg von Mohamed Mursi in den Präsidentenwahlen 2012 und islamistischer Parteien in den Parlamentswahlen folgten sehr rasch Proteste gegen eine Islamisierung und Einschränkung der persönlichen Freiheiten. Die Proteste wurden der Militärführung Anlass, in einem Staatsstreich die gewählte Regierung, Verfassung und Parlament zu beseitigen. Eine neue Verfassung 2014 brachte das Verbot „religiöser“ Parteien und der Sieg des Armeechefs Abdel Fattah el-Sisi bei den Präsidentenwahlen die Rückkehr zu einem autoritären Regime. Mohamed Mursi starb 2019 im Gefängnis.

Mit dem Vorgehen gegen Islamismus gewann el-Sisi die Unterstützung der USA und mit seiner Kooperationsbereitschaft im Kampf der EU gegen MigrantInnen aus dem Süden die Freundschaft der grossen europäischen Staaten. Repression und Gewalt gegen oppositionellen Protest kennzeichnen die Innenpolitik. Im September 2019 schrieb Mohamad Elmasry in Aljazeera online: *„Since the summer of 2013, more than 60.000 people have been arrested, many for protesting illegally; and hundreds of others have been forcibly disappeared. In detention centres and jails, there has been routine use of torture, including rape. Given the demonstrable authoritarianism and brutality of the el-Sisi regime, and the overall risk associated with all forms of public dissent, it is difficult to dismiss the current protests as small or insignificant.“* Tränengas vertrieb die Demonstranten, die gegen die korrupte Regierung von el-Sisi protestierten, vom Tahrir-Platz. Mehr als die Hälfte der 120.000 Inhaftierten (2021) sind laut dem *Arabic Network for Human Rights Information* politische Gefangene.

Der arabische Frühling endete so auch in Ägypten in einer Diktatur, die schlimmer ist als jene, die die Proteste von 2011 hinweg gefegt haben. Abdel Fattah el-Sisi betreibt, so wie andere Diktatoren dieser Zeit, eine Politik, die vorgeblich der Bedeutung und Macht seines Landes gilt – in Wahrheit jedoch nur die eigene Bedeutung vergrössern soll. Anders als Putin braucht el-Sisi allerdings fremde Unterstützung, um seine Projekte

zumindest ansatzweise zu realisieren. Die USA subventionieren die Armee mit 1,5 Mrd. Dollar pro Jahr (und damit primär die eigenen Waffenproduzenten); zugleich produziert Ägypten Munition für Putins Krieg in der Ukraine. (Frankfurter Rundschau, 24.12.2023) Präsident Macron sieht keinen Grund, ob der Menschenrechtsverletzungen die französischen Waffenlieferungen einzustellen; Saudi-Arabien und die Emirate gelten als zahlungskräftige Partner; Israel macht seinen Einfluss im Horn geltend, wenn sich der Streit um den äthiopischen Staudamm am Oberlauf des Nils verschärft. Verschiedene Megaprojekte, wie der Bau einer neuen Hauptstadt, die Erweiterung des Suezkanals oder die Modernisierung der Eisenbahnverbindungen (für die Firma Siemens ein Jahrhundertprojekt) sollen darüber hinweg täuschen, dass gut ein Drittel der Bevölkerung unter der Armutsgrenze lebt, der Import von Getreide durch den russischen Überfall auf die Ukraine und dadurch die Ernährungssicherheit gefährdet sind sowie Politik wie Wirtschaft von Korruption durchsetzt sind.

Die Armee ist ein bedeutender wirtschaftlicher Faktor. Nach Al-Jazeera kontrollieren die Militärs bereits 40% der ägyptischen Wirtschaft und sichern sich staatliche Projekte vor nationalen und internationalen Bieter. Mit einer Dimension von 450.000 Mann ist die Armee nicht nur der stärkste politische und wirtschaftliche Akteur, sondern auch der wichtigste Arbeitgeber im Land, was ihr die Unterstützung der breiten Öffentlichkeit ebenso sichert wie die Gewalt, die sie jederzeit einsetzen kann. Seit 2013 liess die Regierung 60 neue Gefängnisse bauen. (New York Times 8.8.2022)

Der Überfall der Hamas gefolgt von der brutalen Reaktion der Israelis hat für Ägypten bedeutende wirtschaftliche Folgen. Der Staat verschuldet sich immer mehr (90% des BIP), das ägyptische Pfund verliert an Wert, der Tourismus leidet und aufgrund der Angriffe der Huthi-Rebellen auf Handelsschiffe verringerte sich das Aufkommen aus den Suezkanalpassagen um 40%. Die Zukunft der fast 2 Millionen Einwohner des Gazastreifens wird zu einer steigenden Belastung; dabei beherbergt Ägypten zusätzlich zu mehr als 100 Mio. Einwohnern noch etwa 9 Mio. Flüchtlinge aus benachbarten Krisengebieten. (al jazeera, 24.2.2024)

Präsident el-Sisi liess 2019 durch die Novellierung der Verfassung eine Verlängerung seiner Amtszeit und für 2024 eine Wiederwahl auf 6 Jahre festschreiben. Das Volk ist müde; zu den Parlamentswahlen 2020 kamen nur 14% der Berechtigten. Angesichts seiner Vermittlerrolle in den regionalen Konflikten sichert sich el-Sisi jedoch das Wohlwollen internationaler Politiker; die globalen Akteure sind dafür bereit jede Form von Menschenrechtsverletzungen zu übersehen.